



Bretterfähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beizchrift 1/4 Sgr.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 238. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 23. Mai 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Stuttgart, 22. Mai. In der gestern stattgehabten Sitzung der zweiten Kammer stellte die katholische Fraction den Antrag: Die Regierung möge ihre Bestrebungen auf eine Sicherung Deutschlands gegen außen und auf eine mehr concentrirte Vereinigung nach innen herbeiführende Umwandlung der Bundesverfassung mit einer Nationalvertretung richten, ihr Augenmerk auf einen Gesamtdeutschland umfassenden Verband lenken und Bestrebungen entgegenwirken, welche auf Gründung eines engeren Bundesstaates gerichtet, eine Spaltung Deutschlands herbeiführen würden.

Stuttgart, 22. Mai. Die Kammern sind auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Die Regierung verspricht die Entschließung über den Handelsvertrag zu sistiren, bis sie die Stände gehört.

Petersburg, 22. Mai. Ein kaiserliches Dekret gestattet die gänzlich zollfreie Einfuhr chinesischer Waaren über die asiatische Grenze mit Ausnahme von Thee- und Korn-Branntwein. Die Summe des von der Bank vorgestern eingenommenen Goldes beträgt 1/4 Mill. Rubel.

Warschau, 22. Mai. Nach eingetragener Weisung aus Petersburg sollen energische Vorbereitungen zur Eröffnung einer Centralschule im August getroffen werden. Es sind hierzu 1 Mill. polnischer Gulden angewiesen. Es sollen zuvörderst Lehrstühle für Jura und Philologie und später auch für Polytechnik errichtet werden.

Kopenhagen, 22. Mai. „Faedrelandet“ theilt mit, daß in diesen Tagen die Ordre ergangen sei, an den Bahnhöfen Altona und Büchen Befestigungen anzulegen.

Hannover, 22. Mai. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde auf Antrag Othmer's die nachträgliche Genehmigung des einseitig vom Finanzminister angekauften Basinghäuser Bergwerks mit großer Majorität verweigert.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

Dritte Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Alterspräsident Kühne eröffnet die Sitzung gleich nach 12 Uhr. — Die Tribünen sind ziemlich zahlreich besetzt. — Wieder wird eine große Anzahl Wahlen ohne weiteres für gültig erklärt. Wegen der Wahl des Abgeordneten v. Morawski sollen noch Ermittlungen erhoben werden. — Auf Antrag einer Abtheilung beschließt das Haus, die Staatsregierung zu ersuchen, daß dieselbe die Wahl-Commissionen anweise, die Behändigungsweise für die einzelnen Wahlmänner einzeln ausstellen und mit der Nummer der Abtheilungen versehen zu lassen, damit eine größere Uebersichtlichkeit über die Ziffernations-Dokumente herbeigeführt werde. — Im Ganzen sind nunmehr über 300 Wahlen geprüft und für gültig erklärt. Der Alterspräsident fest deshalb auf morgen 10 Uhr die Präsidenten-Wahl an, und schließt die Sitzung, nachdem kurz vorher der Minister v. Jagow eingetreten ist, um 12 1/2 Uhr.

Berlin, 22. Mai. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem evangelischen Pfarrer Sebauer zu Schweinert im Kreise Birnbaum den rothen Adlerorden vierter Klasse und dem Hof-Baurath v. Arnim zu Potsdam das Kreuz der Ritter des königl. Hausordens von Hohenzollern zu verleihen; dem Generalmajor Freiherrn v. Trotsche, Director der vereinigten Artillerie- und Ingenieur-Schule, zum Mitgliede der General-Ordens-Commission zu ernennen; und dem ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität in Halle und Ober-Bibliothekar Dr. Bernhardy den Charakter als Geh. Regierungsrath; so wie dem ordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität zu Greifswald, Dr. Bardeleben, den Charakter als Geh. Medizinalrath zu verleihen. (St.-A.)

Berlin, 22. Mai. [Eine weitere Depesche in der kurhessischen Angelegenheit.] Nachdem wir im heutigen Morgenblatt (s. das heutige Morgenblatt der Bresl. Ztg. unter „Abendpost“) diejenigen Altenstücke publizirt haben, welche sich auf den Abbruch des diplomatischen Verkehrs mit dem kasseler Hofe beziehen, theilen wir jetzt eine Depesche mit, welche den Ausgangspunkt für das unmittelbar vorhergegangene Stadium der Verhandlungen bildet. Zur Erläuterung bemerken wir, daß die preussische Regierung, sobald die kurhessische Wahlverordnung vom 26. April hier bekannt geworden war, in Kassel gegen die Ausführung derselben ernsthafte Vorstellungen gemacht und gleichzeitig in Wien den Gedanken angeregt hatte, von bundeswegen die kurfürstliche Regierung von der Einleitung des Wahlverfahrens abzumahnern. Nach der Ansicht des wiener Kabinetts war jedoch für einen solchen Schritt die Zustimmung der Mehrzahl der Bundesregierungen nicht zu erwarten. Die Bemühungen Preußens in Kassel wurden am 3. Mai durch den Erlaß der Wahlauschreiben beantwortet. Hierauf richtete die königliche Regierung unter dem 6. Mai folgende Depesche an den königlichen Gesandten in Wien:

„Berlin, den 6. Mai 1862.“

Hochwohlgeborner Freiherr!
Eure Excellenz sind durch meine telegraphische Mittheilung bereits davon unterrichtet, daß der Versuch, den Kurfürsten von Hessen von der Ausführung der Verordnung vom 26. April und dem Ausschreiben neuer Wahlen durch den Bund abmahnen zu lassen, gescheitert ist. Die Sache ist dadurch auf eine Spitze getrieben, auf welcher eine unmittelbare Entscheidung erfolgen muß.
Wir können weder die rücksichtslose Nichtachtung unserer ausgesprochenen Absichten, welche in dem jüngsten Vorgehen der hessischen Regierung liegt, noch auch die Gefahren übersehen, welche der Versuch, Minoritätswahlen zu erzwingen, in seinem Schooße birgt. Der herausfordernde Charakter der neuesten Maßregeln ist der Art, daß wir unsere Action nicht mehr von dem Zögern und Schwanken in Frankfurt abhängig machen dürfen. Unseres Erachtens kann die österreichische Regierung dies jetzt eben so wenig, als wir.

Wir sind daher entschlossen, an die kurfürstliche Regierung die Forderung zu stellen, daß sie die direkt gegen unseren gemeinschaftlichen Antrag vom 8. März gerichtete Verordnung vom 26. April zurücknehme und überhaupt das ganze Wahlverfahren sistire. Um diese Forderung mit Nachdruck zu unterstützen, werden Se. Majestät der König Allerhöchstdiener General-Adjutanten und Ober-Stallmeister, General-Lieutenant v. Willisen, mit einem Schreiben an den Kurfürsten nach Kassel senden.

Wenn der Kurfürst sich diesem Begehren sagt, so werden wir darin die gebührende Genugthuung, zugleich aber auch die Bürgschaft erblicken, daß er den in unserem gemeinschaftlichen Antrage vom 8. März bezeichneten Weg wirklich einschlagen wird.

Lehnt der Kurfürst unsere Forderung ab, so wird die nächste und unmittelbare Folge die Abberufung unseres Gesandten aus Kassel sein, verbunden mit der Erklärung, daß Se. Majestät der König im weiteren Verlauf nach den Umständen handeln und nur noch das Interesse Preußens zu Rathe ziehen werde, welches von den Folgen der überstürzten Maßregeln der kurfürstlichen Regierung auf das Unmittelbarste berührt wird.

Unser Verhältnis zu dem Antrage vom 8. März wird hiedurch nicht verändert. Wir werden vielmehr gleichzeitig sämtliche deutsche Bundesregierungen darauf aufmerksam machen, wie das Vorgehen der hessischen Regierung die Nothwendigkeit einer schnellen Abstimmung am Bunde und

einer einfachen Annahme des österreichisch-preussischen Antrages auf das Schicksal bemisst. Wir setzen voraus, daß diese spätestens binnen 14 Tagen erfolgen kann.

Die kaiserliche österreichische Regierung findet sich, unseres Erachtens, der kurfürstlichen Regierung gegenüber in derselben Lage wie wir, wenn auch die Gefahren der unausbleiblichen Verwirrung in Hessen ihr nicht so nahe treten wie uns. Wir würden es natürlich und wünschenswerth finden, daß sie sich zu einer gleichen Mission nach Kassel schon jetzt entschliesse. Einem solchen Schritt beider Regierungen wird der Kurfürst voraussichtlich keinen Widerstand entgegensehen; und wir werden uns alsdann freuen, auf diese Weise die Lösung durch ein gemeinsames Handeln erreicht zu haben.

Um eine gleichzeitige Sendung von Wien aus zu ermöglichen, wollen wir die Abreise des diesseitigen Abgesandten noch aufhalten, bis Ew. Excellenz uns von der Aufnahme dieser Mittheilung bei dem Herrn Grafen v. Rechberg unterrichtet haben, worüber ich eine telegraphische Meldung erwarte.

Ich ersuche Sie sofort mit dem kaiserlichen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu sprechen und ermächtigte Sie, ihm Abschrift dieser Depesche zu lassen.

Empfangen z. z. c. (gez.) Bernstorff.

Er. Exc. dem Herrn Frhrn. v. Werther zc. Wien.

Der k. k. österreichische Minister des Auswärtigen befand sich nicht in der Lage, eine außerordentliche Mission nach Kassel, wie sie Preußen in der Depesche ankündigte, von Seiten Oesterreichs in Aussicht stellen zu können, schlug nunmehr aber seinerseits vor, falls die Sendung des Generals v. Willisen ausgesetzt werde, in einer auf nächsten Sonnabend, den 10. Mai, anzuberaumenden außerordentlichen Bundestags-Sitzung einen Bundesbeschuß zu erwirken, welcher die kurfürstliche Regierung um Sistierung des eingeleiteten Wahlverfahrens ersuchen sollte. Die preussische Regierung glaubte dem wiener Cabinet auch diesen Beweis freundschaftlichen Entgegenkommens nicht versagen zu sollen, und erklärte sich bereit, den Ausfall der Sonnabend-Sitzung abzuwarten. Da der Bundesbeschuß in Folge des von Kurhessen erhobenen Einspruchs am Sonnabend nicht zu Stande kam, reiste General v. Willisen am folgenden Tage nach Kassel ab.

Berlin, 22. Mai. [Gerüchte in Bezug auf Kurhessen und Veränderungen im Ministerium.] Die „B. B. Ztg.“ schreibt: Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge treten natürlich mit jedem Tage eine ganze Reihe politischer Gerüchte in den Vordergrund, und da sie vielfach auch auf den Verkehr von bestimmtem Einfluß sind, so heben wir dieselben fortgesetzt an dieser Stelle hervor. Für die heutige Unterhaltung bildete selbstredend vornehmlich die kurhessische Frage den Angelpunkt. Bekanntlich findet heute in Frankfurt eine Sitzung des Bundestages statt, in welcher der Antrag des kurhessischen Ausschusses zur Verhandlung steht. Man nahm allgemein an, daß der Bundestag beschließen werde, an die kurhessische Regierung die imperialistische Forderung auf Wiederherstellung der Verfassung von 1831 und des Wahlgesetzes von 1849 zu richten, und daß die kurhessische Regierung demnach dieser Forderung entsprechen werde, um den Schein zu retten, sich nicht dem preussischen Drucke nachgiebig erweisen zu haben. Dazu wurde indes später bekannt, daß preussischerseits nichts desto weniger in bestimmter Weise für morgen der Einmarsch der Truppen in Kurhessen in Aussicht genommen und angeordnet sei, insofern nicht bis dahin die geforderte Genugthuung in der Form eines Rücktritts des kurhessischen Ministeriums einfach erfüllt sein sollte. Die preussischen Truppen werden sich gleichzeitig von der Provinz Sachsen aus, im Speziellen über Erfurt und Eisenach, und von der Provinz Westfalen her über Paderborn in Marsch setzen. Man erzählt eine Aeußerung Sr. Majestät des Königs, wonach derselbe, mit Rücksicht auf die etwa aus Artikel 11 der Bundes-Acte herzuleitenden Einwendungen gegen dies Vorgehen Preußens erklärt haben soll, er werde lieber ein Ausscheiden Preußens aus dem Bunde mit allen sich daran knüpfenden Konsequenzen vorziehen, als es dulden, daß einer so flagranten Beleidigung gegenüber, wie sich der Kurfürst von Hessen derselben schuldig gemacht habe, nicht auch die stricte Genugthuung auf dem Fuße folge. In Verbindung mit diesen Gerüchten über einen unmittelbar bevorstehenden Einmarsch der preussischen Truppen erzählte man andererseits freilich auch davon, daß die Oesterreicher gleichzeitig nach Kurhessen einrücken würden, und, da man über den Zweck und die Bedeutung dieses Einmarsches wenig Anhaltspunkte hat, so zeigt man sich zu der Annahme geneigt, es könnte dies wohl darauf berechnet sein, daß sich schließlich die Oesterreicher in der Weise dazwischen schieben, um eine freie Action der Preußen möglichst zu verhindern. — Die zweite Reihenfolge heute circulirender Gerüchte knüpfte an die bevorstehenden Veränderungen wegen Reconstitution des Ministeriums an, da es feststeht, daß der Prinz Hohenzollern bei seinem Entschlusse, von dem Präsidium zurückzutreten, beharrt. Nachdem Herr v. Bismarck-Schönhausen es mit Rücksicht auf eine Genossenschaft mit Herrn v. d. Heydt abgelehnt hat, den Vorstoß des Ministeriums zu übernehmen, soll zur Zeit nun Herr v. d. Heydt alle Mittel in Bewegung setzen, um sich selber auch die formelle Präsidenschaft des Ministeriums zuzuwenden, und nun vor allen Dingen auf die baldigste Abreise des Herrn von Bismarck auf seinen neuen Posten hinarbeiten. Es gehört natürlich wohl zu den Unmöglichkeiten, daß seine Bestrebungen von Erfolg begleitet werden.

**** Berlin, 22. Mai.** [Confiscation von vier Zeitungen.] Eine Lüge der „Kasseler Zeitung.“ Nicht weniger als vier Zeitungen, und zwar constitutionelle, demokratische und feudal-patriotische sind heute confiscirt worden. Die „Berl. Allg.“, der „Publiz.“, die „Tribüne“ und die „Kreuzzeitung.“ Die letztere schreibt darüber: „Die letzte Nummer unseres Blattes — 118 — ist mit Beschlag belegt worden, und zwar, wie wir hören, wegen des Artikels aus der londoner „Saturday Review“ über die preussischen Wahlen, den wir als dumm, grob und armselig bezeichnet und lediglich zur Charakterisirung des bodenlosen Urtheilens abgedruckt hatten. Während der Nacht, nachdem also der Druck und die Ausgabe unseres Blattes schon seit mehreren Stunden beendet war, ist ein Criminal-Commissarius mit noch einem Beamten in unserer Druckerei erschienen, hat den betreffenden Satz — er wird bei uns immer erst am Morgen früh abgelegt — auseinandernehmen lassen und die noch vorhandenen Rest-Exemplare confiscirt. Ein Antrag auf gerichtliche Untersuchung gegen uns wird folgen. Wir leugnen nicht, daß es uns überrascht hat, wegen jener Aeußerungen eines englischen Blattes confiscirt zu werden, nachdem gerade in diesen Wochen die Pressefreiheit hier in so ausgebreiteter Weise Raum gefunden.“ (Diese captatio benevolentiae hätte die „Kreuztg.“ unseres Erachtens auch unterlassen können). Der „Publiz.“ schreibt: „Die heutige Nummer ist in der vergangenen Nacht 1 Uhr auf Verfügung des Staatsanwalts

Hrn. v. Schelling polizeilich mit Beschlag belegt. Als Veranlassung wurde uns der Leitartikel bezeichnet, welcher die Rede des Ministerpräsidenten zur Eröffnung des Landtages besprach. — Aus diesem Grunde erscheint diese zweite Ausgabe ohne Leitartikel.“ — Die „Sternztg.“ vermutet, daß die „Kreuztg.“ und die „Berl. Allg. Z.“ wegen des Artikels der „Saturday-Review“, von welchem sie sagt, daß er „voll plumper Schmähungen“ gewesen, confiscirt worden seien. — Die minist. „Kass. Ztg.“ vom 21. d. bringt Folgendes: „Zur Erläuterung unserer gestrigen Andeutung über die militärischen Maßregeln Preußens vernehmen wir Näheres dahin: daß der Minister des Auswärtigen in Berlin, von dem kurhessischen Gesandten wegen der getroffenen Maßregeln interpellirt, die Erklärung abgegeben hat: es läge denselben keine besondere Richtung auf Kurhessen zu Grunde, und eine Demonstration gegen die kurfürstliche Regierung sei damit nicht beabsichtigt.“ — Das kann denn doch nichts weiter als eine freche Lüge des offiziellen hessischen Blattes sein, denn sonst wüßte man allerdings nicht, was man dazu sagen sollte.“

K. C. Berlin, 22. Mai. [Vom Landtage.] Für die Fraktionsbildung in der Abgeordnetenversammlung sind von großer Wichtigkeit die Verhandlungen, welche seitens eines zahlreichen Theils der Fraction Grabow wegen einer Fusion mit der Fraction Bodum-Dolffs eingeleitet sind; wie es heißt, ist letztere einer Fusion im eigentlichen Sinne des Wortes abgeneigt, hält dagegen den Beitritt für die einzelnen Mitglieder der Fraction offen. — Die Constatirung der Fraction Bodum-Dolffs ist gestern durch Wiederwahl des früheren Vorstandes erfolgt. — In der Adressfrage hält die deutsche Fortschrittspartei an dem Grundsatze fest, die Eröffnungssrede des Prinzen Hohenzollern ganz unberücksichtigt zu lassen, während der Präsidentenwurf der Fraction Bodum-Dolffs dieselbe in ihren Hauptpunkten beantwortet; die Verhandlungen darüber sind im Gange. In der nachdrücklichen Verwahrung gegen das Hereinziehen des Königs in den Streit der Parteien, in der Beschwerde wegen der Wahlbeeinflussungen und in dem Hinweis auf die Nothwendigkeit der verfassungsmäßigen Umgestaltung des Herrenhauses sind die Entwürfe beider Fractionen übereinstimmend. Die Einigung wird voraussichtlich morgen erfolgen. Auch die Fraction Grabow ist für den Erlaß einer Adresse. — Die deutsche Fortschrittspartei hat gestern ihren neuen Vorstand gewählt, bestehend aus folgenden neun Mitgliedern: Behrend, v. Jordanbeck, v. Hoberbeck, Zimmermann, v. Köhne (Solingen), Schulze-Delisch, Simon (Breslau), Zweiten, Waldeck; Schriftführer ist abermals Abg. Senff.

Die Wiederwahl der drei früheren Präsidenten Grabow, Behrend und v. Bodum-Dolffs ist als gesichert zu betrachten, da gestern die Fraction B.-D. sich definitiv für die Erneuerung des Präsidiums aus der vorigen Session erklärt hat.

Der deutschen Fortschrittspartei sind bis jetzt beigetreten folgende 128 Abgeordnete: Bahn, Bank (Querfurt), Wassenge (Lauban), Baur (Montjoie), Beder, Dr. Voos (Cochem), Behrend, Weigle, Bellier de Launay, Bender (Gumbinnen), Berger, Bernhardt, Bresgen, Buchholz, Caspers, Chomie, Cetto, Coupinne, Diehterweg, Dunder, Ebertz, Faucher, Förster, v. Forderbeck, Fortmann, Frenkel, Frese (Minden), Gerlich, Gerth, Gorhija, Grotte, Häbler, Hagen, Hahn (Wetzlar), Heidenreich, von Hennig (Straßburg), von Hennig (Graubenz), Herold, Hirschberger, Hoffmann, Freiherr v. Hoberbeck, Housselle, Zimmermann, John (Marienwerder), John (Lobau), Kalau v. d. Hofe, Kerk, v. Kirchmann, Koch (Neustadt), Köhler, Koch, Krause (Ballschau), Krieger (Goldapp), Krieger (Ludenswalde), Lachnit (Glatz), Langerhans, Larz, v. d. Leeden, Leue (Summersbach), Liez, Löwe, Lucas, Ludwig, Lüning, Martin, May, Meibauer, Mellin, Michaelis, Mühlendeb, Müller (Demmin), Müller (Arnswalde), Müllensiefen, Nehse, Oppermann, Papendorf, Parrissus (Brandenburg), Parissus (Garbelegen), Paur, Plüder, Piehler, Post, Prince-Smith, Quat, Raffauf, Rahn, Reichenheim, Reimnis, Riefenstahl, Römer, Rogge, Rolsboven, v. Roenne (Solingen), Rövell (Danzig), Rudolph, Runge, Rupp, Salsfeld, v. Sauten (Zarpuschen), v. Sauten (Serdauen), Scheibler, Schlick, Schmidt (Randow), Schmidt (Beuten), Schmiedede, Schneider (Wanzleben), Schulze (Berlin), Schumann, Schwarz, Senff, Serwatus, Siemens (Vennep), Siemens (Wittenberg), Simon (Breslau), Soente, Steinhardt, Stephan, v. d. Straeten, Taddel, Tschow, Zweiten, Baron von Baerff, Velthusen, Virchow, Wachsmuth, Waldeck, Waldhauen, Weese.

Die beiden andern liberalen Fractionen haben noch kein Namensverzeichnis ausgeben, da wie oben bemerkt, die Bildung derselben noch nicht ganz zum Abschluß gekommen ist.

[Vom Hofe.] Se. Maj. der König ließ heut sämtliche Truppen der hiesigen Garnison auf dem Exercierplatze im Feuer mandriven und führte hierbei selbst das Kommando. Nach dem Palais zurückgekehrt, empfing Se. Maj. die Vorträge der Kriegsminister und des General-Lieutenants und General-Adjutanten Freiherrn v. Mantuffel, später den des Staatsministers v. Bernstorff und nach der Tafel des Vorsprechenden des Staatsministeriums, Prinzen zu Hohenzollern. — In Bezug auf die König über den Hof S. f. H. des Kronprinzen geht der „Stern.“ folgende berichtende Mittheilung zu: Da Ihre Maj. die Königin von England selbst, so wie Ihre königl. Hoh. die Frau Kronprinzessin sich noch in tiefer Trauer befinden, so wird im Neuen Palais eine jede Feier des Geburtstages Ihrer Majestät der Königin Victoria, insbesondere durch Tafel und Empfang zur Abstattung von Glückwünschen, unterbleiben. Es sind deshalb auch keinerlei Einladungen ergangen. — Die vermittelte Frau Gräfin Pourtales, geb. v. Behmann-Hollweg, wird ihre provisorische Function als Oberhofmeisterin Ihrer königlichen Hoheit der Frau Kronprinzessin erst im nächsten Herbst antreten.

Cörlin, 19. Mai. [Wiederum ein politischer Erceß.] Der „Solv. Ztg.“ wird von hier geschrieben: „Ein seit längerer Zeit hier umlaufendes Gerücht, daß die hiesigen Kreuzzeitungs-Genossen eine Demonstration gegen den hiesigen Rentmeister Lorenz beabsichtigen, ist gestern Abend auf dem hiesigen Bahnhof zur Ausführung gekommen und hat die ganze Bürgerschaft in Aufregung versetzt. Der wirkliche Sachverhalt ist folgender. Der Artillerie-Hauptm. Kähne, Lieut. Stolze, Kreisrichter Robolsti, Bürgermeister Kühl und Maurermeister Dallmann veranlassen den Rentmeister Lorenz, mit ihnen in dem Zimmer für die Reisenden 2. Klasse Platz und an der Unterhaltung Theil zu nehmen. Während dort der Kreisrichter Robolsti dem Hrn. Lorenz Vorwürfe macht, bei der stattgefundenen Urwahl nicht noch mehr gewählt zu haben, zieht der Hauptm. Kähne den Säbel und schlägt den sitzenden Hrn. Lorenz hinterwärts über den Rücken. Der zweite Hieb, auf den Kopf gerichtet, wird durch den vorgehaltenen Arm gemildert, dagegen aber der Arm verwundet. Gleichzeitig zieht auch der Lieutenant seinen Säbel, ohne indessen an dem Uebersalle Theil zu nehmen. Hierauf faßt der v. Dallmann den auf die Knie gesunkenen Hrn. Lorenz an die Kehle, und wirft ihn unter ihm geläufigen Schimpfwörtern zur Thüre hinaus. Was that der Bürgermeister, der Kreisrichter? Der Erstere, für polizeiliche Aufstellungen bei der Hand, hätte hier Gelegenheit gehabt, einen überfallenen Beirlosen zu schützen; indessen seine Stellung als Magazin-Rendant mochte ihn wohl davon abgehalten haben. Die bereits beantragte Untersuchung wird diese Mittheilung außer Zweifel stellen, und unsere Bürger werden Gelegenheit nehmen,

*) In der berliner Pl.-Corresp. in unserem heutigen Morgenblatt ist durch ein Versehen im Satz in Z. 26 folgende Stelle ausgelassen worden: „Im Abgeordnetenhaus liegt man Alles daran, sich schnell“ zu constituiren zc. D. Reb.

dem hier in nächster Zeit eintreffenden Artillerie-General die Bitte vorzutragen, die aus diesem Erlebnisse ja auf der Hand liegt."

Deutschland.

Frankfurt a. M., 21. Mai. [Die Bundestagsberatung über die Einsetzung des Wahlverfahrens in Kurhessen.] Wir geben in Folgendem das Nähere über die Beratung des gemeinschaftlichen Antrages...

Der kurfürstlich hessische Gesandte beantragte, den erwähnten Antrag von Oesterreich und Preußen, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache und die Bedeutsamkeit der Kompetenzfrage, vorerst dem Ausschusse für die kurhessische Verfassungsangelegenheit zur Prüfung zu überweisen.

Präsidentium wies dagegen auf die Dringlichkeit der Sache hin, welche nach § 24 der Geschäftsordnung einen Ausnahmefall bildet, und schritt, damit die hohe Bundesversammlung über die Vorfrage entscheide, sodann zur Umfrage.

Oesterreich, Preußen, Baiern und Königreich Sachsen: erklären sich für sofortige Abstimmung über den gemeinschaftlichen Antrag Oesterreichs und Preußens.

Hannover: Der Gesandte stimmt mit dem k. hessischer Herrn Gesandten, in Betracht der Wichtigkeit der hier vorliegenden Fragen, so wie in Berücksichtigung des ausdrücklichen Wunsches der kurfürstl. Regierung, für eine Prüfung der Sache durch den Ausschuss für die kurhessische Verfassungsangelegenheit, da eine solche Prüfung durchaus den regelmäßigen Formen der Geschäftsbehandlung am Bunde entspricht, und mit der Dringlichkeit der Sache durch eine mehr beschleunigte Berichterstattung sehr wohl in Einklang gebracht werden kann.

Württemberg und Baden: sprechen sich für sofortige Abstimmung aus.

Kurhessen: Der Gesandte bezieht sich auf seinen soeben gestellten Antrag.

Großherzogthum Hessen erklärt sich für sofortige Abstimmung.

Dänemark: Der Gesandte schließt sich im Wesentlichen der Abstimmung des hannoverschen Gesandten an.

Niederlande, großherzoglich und herzoglich sächsische Häuser, sowie Braunschweig und Nassau für sofortige Abstimmung.

Medlenburg-Schwerin und Medlenburg-Strelitz schließen sich der Aeußerung des Gesandten von Hannover an.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg für sofortige Abstimmung; 16. Curie schließt sich Hannover an; Freie Städte für sofortige Abstimmung.

Nachdem sich die Mehrheit der Gesandten dafür ausgesprochen, über den von Oesterreich und Preußen gestellten Antrag sofort abzustimmen, hielt demgemäß Präsidium über denselben Umfrage.

Oesterreich und Preußen beziehen sich auf den gemeinschaftlich gestellten Antrag.

Baiern: Der Gesandte ist beauftragt, dem Antrage zuzustimmen. R. Sachsen desgleichen.

Hannover: Da weder die Frage der Rechtsbeständigkeit der Verfassung von 1860, noch die Verfassungsmäßigkeit der kurfürstlichen Verordnung bundesgemäß erörtert und entschieden ist, der Bund aber ein Inhibitorium erit nach der Entscheidung dieser Fragen erlassen kann, so vermag die königliche Regierung dasselbe nicht für rechtlich begründet zu halten und ist der Gesandte angewiesen, gegen dasselbe zu stimmen.

Württemberg: Der Gesandte stimmt Namens der königlichen Regierung dem Antrage zu.

Baden: Der Gesandte ist angewiesen, zu dem gemeinschaftlichen Antrage der allerhöchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen zuzustimmen. Die großherzogliche Regierung geht bei dieser ihrer Zustimmung von der Unterstellung aus, daß der Beschluß nicht nur gegen die kurhessische Verordnung vom 26. April an sich gerichtet ist, sondern daß er auch eine Erklärung gegen die Rechtsbeständigkeit des Wahlgesetzes von 1860 involviret. Sie wenigstens vermag aus diesem letzteren, auch wenn es ganz unverändert bleibt, weder Rechte noch Pflichten der kurhessischen Regierung abzuleiten. Im Uebrigen kann die großherzogliche Regierung nicht unterlassen, ihre Ueberzeugung auszusprechen, daß durch einen gegen etwaige Minoritätswahlen und deren Benutzung gerichteten Schritt in der Ordnung der kurhessischen Verfassungsangelegenheiten wenig gewonnen sein wird. Die ganze Angelegenheit ist dadurch besten Falles wieder auf den Standpunkt zurückgebracht, auf welchem dieselbe schon längst zu so großen Besorgnissen geführt und welcher die Veranlassung zu den immer noch nicht erledigten Anträgen gegeben hat, welche die großherzogliche Regierung selbst und welche später die beiden allerhöchsten Oebn von Oesterreich und Preußen zu stellen bemüht waren. Durch das jüngste Vorgehen der kurfürstlichen Regierung und die dadurch jetzt hervorgerufenen außerordentlichen Maßnahmen dürfte auch der letzte Zweifel geschwunden sein, daß es die höchste Zeit ist, das Verfassungsrecht des Kurfürstenthums auf unangreifbare Grundlagen zurückzuführen und die großherzogliche Regierung spricht daher die sichere Hoffnung aus, daß endlich in der Sache selbst Beschluß gefaßt werde.

Kurhessen: Der Gesandte behält seiner Regierung gegen einen dem Antrage entsprechenden Beschluß Verwahrung und weitere Erklärung vor. Einige der übrigen Voten von eigenbürtigem Charakter ein andermal.

[Zum Bundesbeschlusse vom 13. Mai.] Wie der „Leipz. Ztg.“ vom Main gemeldet wird, ist der kurhessischen Regierung der Bundesbeschlusse vom 13. d. M. in sehr beschleunigter Weise communicirt worden. Es wurde zu diesem Zwecke dießmal nicht, wie sonst üblich, der Druck des Sitzungsprotokoll abgewartet, sondern die Insnuation erfolgte, sobald das handschriftliche Protokoll die Unterchriften der Bundestags-Gesandtschaften erhalten hatte.

Kassel, 21. Mai. [Der preuß. Gesandte v. Sydow] ist in der That gestern Abend um 9 Uhr, wie wir bereits gemeldet, mit Familie und Dienerschaft von hier abgereist. Man ist nun in der größten Spannung auf die Dinge, welche sich hieran schließen werden. Und selbst wenn Preußen, ohne sich an den Protest Oesterreichs und Baierns zu kehren, in Kurhessen einrücken sollte, so weiß man nicht recht, wie die Genugthuung für die dem General Willisen zugefügte Beleidigung genommen werden soll. Die Frage wegen dieser Genugthuung scheint von der Einführung eines möglichst veränderten hiesigen Regime kaum noch getrennt werden zu können. Großen Eifer entwickelt der Prinz Georg von Hessen, ein Bruder des in Kopenhagen lebenden Landgrafen Wilhelm, welcher letztere bekanntlich Thronfolger in Hessen ist. Prinz Georg ist fast unaufhörlich unterwegs zwischen Kassel und Wilhelmshöhe, dem Sommeraufenthalte des Kurfürsten. Er verkehrt viel mit dem österreichischen Gesandten, und die Vermuthung des Publicums, daß er aus guten Gründen den Kurfürsten möglichst unnachgiebig zu erhalten suche, ist vielleicht nicht ganz ungegründet. Die Wahlen sind trotz der von der Regierung am Bunde abgegebenen Erklärung bis heute noch nicht sistirt, weder durch eine Verordnung, noch im Stillen durch Anweisung an die Wahlcommissare. Von 24 Districten sind heute wieder Berichte eingelaufen, wonach sich sämmtliche Wähler geweigert haben, zu wählen. (D. A. Z.)

Italien.

[Die patriotischen Gauer von Genua. — Nachdem die Vorgänge in Brescia. — Garibaldi. — Für Abschaffung der Todesstrafe.] Der „Rin. Ztg.“ wird von ihrem turiner Correspondenten geschrieben: Zu meiner gestern mitgetheilten Nachricht über die Ereignisse von Bergamo muß ich hinzufügen, daß Cattabeni vornehmlich verhaftet wurde, weil man bei einem der Parodischen Diebe den Paß des genannten Obersten aufgegriffen hatte. Cattabeni hatte seinen Paß verloren und derselbe wurde von einem der Diebe gefunden und als ein kostbarer Fund benutzt. Die Gauer hatten, als sie verhaftet wurden, erklärt, daß sie im Auftrage der Haupter der Actionspartei gefangen worden; es soll eine Expedition unternommen werden, wozu hunderttausend Franken erforderlich wären; so hätten sie denn aus Patriotismus beschloffen, sich das Geld vom reichen Banquier auszuhütten, und es sei nicht ihre Schuld, wenn ihnen dieser 800,000 statt der verlangten 100,000 Franken gegeben. Der Träger des Cattabeni'schen Passes hatte sich dessen Namen in sein Portefeuille eingeschrieben, um sich ihn zu merken. Die Behörde, welche ohnehin schon Wind von einer Expedition hatte, die ins Werk gesetzt werden sollte, gab, trotz der augenscheinlichen Vorspiegelungen der festgenommenen Diebe, Befehl zu Cattabeni's Verhaftung, und so fand man den Feldzugsplan. Von Cattabeni's Ehrenhaftigkeit ist alle Welt überzeugt. Es verdient bemerkt zu werden, daß sich an der Expedition bloß solche ehemalige Offiziere Garibaldi's beteiligten wollten, welche bei Verschmelzung der Garibaldi'schen Armee mit der regulären sich weigerten, in die letztere zu treten. Sie wollten sich freie Hand bewahren. Mit dem energischen Auftreten der italienischen Regierung ist man allgemein einverstanden, und diese hat viel gewonnen. Auch hofft man, Garibaldi, der noch sehr aufgeregter ist, werde sich bald beruhigen; man zählt auf des Königs Einfluß.

Garibaldi und die übrigen Rathsmittelglieder des italienischen Emancipations-Vereines haben in TreSCORE folgende Petition an das italienische Parlament unterzeichnet: An das italienische Parlament! Im Namen des moralischen Fortschrittes und der Humanität verlangen die Unterzeichneten die Abschaffung der Todesstrafe in dem Strafgesetzbuche des neuen Königreichs Italien. TreSCORE, 5. Mai 1862. Der Rath des ital. Emancipations-Vereines.

Paris, 20. Mai. [Der Teufel im Weibhiesel.] Die „Neue Preuss. Ztg.“ bringt folgende Anekdote aus der pariser Gesellschaft: Die Königin von Holland ist bei ihrer neulichen Anwesenheit hier auch mit dem alten Thiers zusammengekommen. Bei dieser Unterredung soll die Königin gesagt haben: sie fürchte, daß der Kaiser Louis Napoleon mit ihr auch vom Paß sprechen werde, nun sei sie zwar Protektantin, aber sie denke in Bezug auf den Paß ganz wie Guizot (d. h. sie sei für die Erhaltung der weltlichen Macht des Papstes). Die Königin fragte endlich Thiers hier zu: „Was soll ich dem Kaiser antworten?“ Darauf soll Thiers lachend erwidert haben: Dites lui, que tous ceux qui mangent du pape en meurent! (Sagen Sie ihm, daß alle, die vom Papst essen, daran sterben). Da haben Sie die große Masse der französischen Gesellschaft in Paris; sie hält es wohl für gefährlich, den Paß anzugreifen; eigentlich aber ist sie doch neugierig auf diesen Angriff und hofft Vergnügen für sich bei dem Spectatel. Eine andere Anekdote — ich erzähle sie doch, weil sie in der That zu charakteristisch ist — betrifft die Gemahlin des Prinzen Napoleon Jerome, die Prinzessin Clotilde von Savoyen; diese Tochter Victor Emanuels ist sehr eifrig in ihren religiösen Pflichten; sie ahnelt darin ihrer verwitweten Mutter, einer Erzherrin, und läßt jeden Morgen in der Kapelle des Palais Royal eine Messe für den Paß lesen. Der „Prince“, ihr Ehegatte, weiß das und pflegt seine Späße darüber zu machen. Natürlich, was könnte er anders dabei thun? Kurz, die ganze Gesellschaft des Palais Royal spottet und höhnt über die Frömmigkeit der armen Prinzessin. Ihre Schwangerschaft ist weit vorgeleitet, sie leidet viel und geht nur noch selten aus; neulich ließ sie sich bei der Schwester ihres Gemahls, der Prinzessin Mathilde, entschuldigen, daß sie auf einer Soiree nicht erscheinen könne, „parce que son enfant remuait beaucoup et la faisait souffrir.“ Ladend rief die Prinzessin Mathilde: „Ca n'est pas etonnant, c'est un diable dans un benoitier! (Das ist kein Wunder, das ist ein Teufel im Weibhiesel.) Zweifelloß hat die hohe Prinzessin mehr Neigung für den „Teufel“, als für das „Weibhieserbeden“, und glaubt ihrem Bruder ein großes Compliment gemacht zu haben. Die Pariser sind entzückt über diese Geschichte.

Brüssel, 20. Mai. Der König ist vorgestern Morgen, wie man hofft, zum letztenmale durch den Dr. Civiale vom Stein operirt worden und die Operation aufs Trefflichste von statten gegangen. Se. Majestät, welche das Bett verlassen und in den letzten Tagen mit dem größten Eifer alle rückständigen Arbeiten erledigt hat, ist gegenwärtig außer aller Gefahr.

Breslau, 23. Mai. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Schmiedebrücke Nr. 16 ein blauer Tuchrock mit schwarz und grau farrirtem Lama-Futter, ein schwarzer Tuchrock mit Kamelofutter, ein brauner Velour-Rock mit schwarzem Kamelofutter, eine Weste von grauem Duffel, eine schwarz-gemusterte Biqueweste und ein Paar braune Buxkinhosen; Ring Nr. 47 ein brauner baumwollener Regenschirm; Oederstraße Nr. 3 ein blauer Tuchmantel mit Plüschtragen, theils mit Kitat, theils mit grauem Parcent gefuttert, ein wattierte blauer Tuchrock, ein schwarzer Tuchrock und ein grauer Zeugrock mit Kamelofutter, ein gestreifter Parcentrock mit braunem Futter, ein Paar schwarze Tuchhosen, ein Paar alte Zeughosen, eine schwarze halbfarbene Weste, eine baumwollene Unterjacke, eine braune Wuschmütze, ein Paar Stiefeln von Felleber, zwei weiße Vorhemdchen, eine schwarze Atlasbinde, ein neues, braun und roth gestreiftes halbeidenees Halsstück, zwei weißleinene Schürzen, vier Mannshemden, ein Deckbett und zwei Kopfkissen mit weiß und blau farrirten Ueberzügen, ein Bettuch und zwei Gefinde-Dienstbücher, beide auf den Haushälter Gottlieb Wilde lautend; Arulinerstraße Nr. 13 ein Paar Wasserkränne; außerhalb Breslau: eine goldene Uhr mit goldener Kette, ein starker goldener Siegelring mit einem Wappen, welches einen Bären darstellt, ein kleiner goldener Ring mit einem kleinen Diamant und einem kleinen gelben Steinchen verziert, ein englisches Federmesser, zwei Brieftaschen, ein mit Federn gefülltes Kubekissen, rings herum mit kleinen Knöpfchen besetzt, die Oberfläche ist satirt und mit Stidereien verziert, die Rückseite besteht aus grünem Saffian. Gefunden wurde: ein Hausschlüssel. (Pol.-Bl.)

Breslau, 21. Mai. [Personalien.] Verfehlt: Der Appellationsgerichts-Referendarius Munzig aus dem Departement des Appellationsgerichts zu Breslau an das Kreisgericht zu Görlitz. Der Appellationsgerichts-Auskultator Dertel zu Lauban in das Departement des Kammergerichts zu Berlin. Der Bote und Excutor Freitel zu Liebenhat in Folge Erkenntnisses des Disciplinar-Gerichtshofes an das Kreisgericht zu Lauban. Die Hilfsunterbeamten Jordan zu Sagan und Schöpß zu Lauban an das Kreisgericht zu Glogau. Ausgeschieden: Der Appellationsgerichts-Referendarius Nischke in Folge seiner Wahl zum Rathsherrn der Stadt Brieg. Der Appellationsgerichts-Auskultator von Lohstedt zu Görlitz behufs seines Uebertritts zur Verwaltung. Pensionirt: Der Gefangenwärter Tietz zu Glogau vom 1. Oktober 1862 ab.

Breslauer Sternwarte. 22. Mai 10 U. Abds. 27 8,94 +9,4 S. 1. Heiter. 23. Mai 6 U. Morg. 27 9,26 +8,4 W. 1. Heiter.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten. Paris, 22. Mai, Mittags 1 1/2 Uhr. 3proz. Rente 70, 15. Credit-mobilier 830. Oesterr.-Frans. Staats-Eisenbahn-Aktien. London, 22. Mai, Mittags. Die Bank von England hat den Discount auf 3 Prozent erhöht. Conjols wurden zu 92 gehandelt. Venedig, 22. Mai, Nachmitt. 3 Uhr. Silber 61 1/2. Schönes Wetter. Conjols 91 1/2. 1proz. Spanier 44. Mexitaner 31 1/2. Sardinier 83. 5proz. Russen 96 1/2. 4 1/2proz. Russen 90 1/2. Wien, 22. Mai, Mitt. 12 Uhr 30 Min. Die Börse schloß fester. 5proz. Metall. 69, 70. 4 1/2proz. Metall. 62, 50. Bant-Aktien 818. Nordbahn 212. — 1854er Loose 96, 50. National-Anleihe 83, 70. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 274. — Creditaktien 210, 70. London 134, 50. Hamburg 100, 25. Paris 53, 20. Gold — Silber — Elisabethbahn 164, 50. Lomb. Eisenbahn 286. — Neue Loose 134, 80. 1860er Loose 96, 25. Frankfurt a. M., 22. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Oesterr. Effekten begannen niedriger als gestern, erholten sich etwas, blieben aber unter gestriger Notiz. — Neue Russen 91 1/2. — Schlus-Course: Ludwigsh.-Verbad 134. Wiener Wechsel 83 1/2. Darmst. Bant-Aktien 217. Darmst. Zettelbant 248. 5proz. Metall. 52 1/2. 4 1/2proz. Metall. 46 1/2. 1854er Loose 73. Oesterr. National-Anleihe 61 1/2. Oesterr.-Frans. Staats-Eisenb.-Aktien 239 1/2. Oest. Bant-Antheile 730. Oesterr. Credit-Aktien 188. Neueste öst. Anleihe 73 1/2. Oesterr. Elisabeth-Bahn 122 1/2. Rhein-Nahe-Bahn 31 1/2. Mainz-Ludwigsbahn Lit. A. 123 1/2. Hamburg, 22. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Anfaß flau, später etwas fester. Schlus-Course: National-Anleihe 62 1/2. Oest. Credit-Aktien 79 1/2. Vereinsbant 101 1/2. Norddeutsche Bant 95. Rheinische 93 1/2. Nordbahn 61 1/2. Discont 3 1/2. Wien — Petersb. — Hamburg, 22. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen loco und ab auswärtig unverändert. Roggen loco unverändert, ab Königsberg pr. Mai zu 77, ab Danzig zu 76 zu haben. Del pr. Mai 28 1/2, pr. Oltbr. 27 1/2. Kaffee unverändert. Liverpool, 22. Mai. [Baumwolle.] 4,000 Ballen Umsatz. — Preise sehr fest.

Berlin, 22. Mai. Die Börse hat sich heute von der gestern erfahrenen Erschütterung ein wenig erholt. Obgleich die Course der Wien sehr unangenehm lauteten, die gestrigen pariser Notirungen eine gute Haltung nicht recht aufkommen ließen, wurde doch weiterhin Verkaufsanerbenungen heute mehr Widerstand entgegengekehrt, und schließlich hatte die Kaufkraft sich vermindert, während Neigung zum Verkaufen schwächer geworden war. Namentlich bei Eisenbahnactien war das der Fall, und verschiedene Devisen, Mastrichter, Cöfeler, auch die guten schlesischen Actien, waren unverkennbar beliebter und zu letzten Notirungen eher ohne Abgeber. Selbst die österreichischen Saden, die in Folge der erwähnten wiener Notirungen (Credit von 215, 50 bis 214, 30 weichen, London bis auf 133, 90 gestiegen) in den Courten gedrückt waren, behaupteten sich doch auf niedrigerem Stande recht fest. Gegen Ende der Börse wurde die Stimmung dagegen wieder flauer, und namentlich waren von den schweren Eisenbahnactien die meisten wieder im Angebot und für schlesische Papiere selbst der gestrige Schluscourse zuletzt nicht mehr zu bedingen. Geld ist flüssiger und sind erste Disconten mit 3 1/2 begehrt. (W. u. S.-Ztg.)

Berliner Börse vom 22. Mai 1862.

Table with columns: Fonds- und Geldecourse, Div. Z., 1861 F., 1862 F. Rows include Staats-Anleihe, Präm.-Anl. von 1855, Berliner Stadt-Obl., Kur-u. Neumark., Pommersche, Posensche, Kur-u. Neumark., Pommersche, Posensche, Preussische, West-u. Rheinl., Sächsische, Schlesische, Lousdor., Goldkronen.

Table with columns: Ausländische Fonds, Div. Z., 1861 F., 1862 F. Rows include Oesterr. Metall., dito 54er Pr.-Anl., dito neue 109-d.-L., dito Nat.-Anleihe, dito Bankn.-Wbr., Russ.-öngl. Anleihe, dito 5. Anleihe, dito poln. Sch.-Obl., Poln. Pfandbriefe, dito III. Rm., Poln. Obl. à 500 Fl., dito à 200 Fl., Poln. Banknoten, Sursass 40 Thlr., Baden 35 Fl., Actien-Course, Ansch.-Düsseld., Ansch.-Mastricht, Anst.-Rotterdam, Berg.-Märkische, Berlin-Anhalter, Berlin-Hamburg, Berl.-Potsd.-Magd., Berlin-Stettiner, Breslau-Freiburg, Oöln-Mindener, Franz-St.-Kölnsb., Ludw.-Börsach., Magd.-Halberst., Magd.-Wittenb., Mainz-Ludw., Mooklenburger, Münster-Hammeler, Neuge-Bresgauer, Nieschlesische, N.-Schl.-Zweigb., Nordb. (Fr.-W.), dito Prior., Oberschles.

Actien-Course. Ansch.-Düsseld., Ansch.-Mastricht, Anst.-Rotterdam, Berg.-Märkische, Berlin-Anhalter, Berlin-Hamburg, Berl.-Potsd.-Magd., Berlin-Stettiner, Breslau-Freiburg, Oöln-Mindener, Franz-St.-Kölnsb., Ludw.-Börsach., Magd.-Halberst., Magd.-Wittenb., Mainz-Ludw., Mooklenburger, Münster-Hammeler, Neuge-Bresgauer, Nieschlesische, N.-Schl.-Zweigb., Nordb. (Fr.-W.), dito Prior., Oberschles.

Preuss. und ausl. Bank-Actien. Berl.-K.-Vereins, Berl.-Hand.-Ges., Berl.-W.-Cred.-G., Braunschweig-Bank, Bremer, Coburg-Credit-A., Darmst. Zettel-B., Darmst.-Cred.-B., Doss. Credit-B., Disc.-Cm.-Anstalt, Genf. Credit-B., Generer Bank, Hamb. Rrd. Bank, Hannover, Leipziger, Luxemburg, Magd. Priv., Meissn.-Cred.-B., Minerva-Verz.-A., Oesterr. Credit-B., Pos. Prov.-Bank, Preuss. B. Anstalt, Schl.-Bank-Ver., Thüringer Bank, Weimar-Bank.

Wechsel-Course. Amsterdam, ditto, Hamburg, ditto, London, Paris, Wien österr. Währ., ditto, Augsburg, Leipzig, Frankfurt a. M., Petersburg, Warschau, Breslau.

Berlin, 22. Mai. Weizen loco 65-77 Thlr. nach Qualität, feiner weißer poln. 76 Thlr. ab Bahn bez. — Roggen loco 80 1/2, 49 1/2-50 Thlr. ab Bahn bez., eine Ladung Slpbd. 50 Thlr., 77-79 1/2, 49 1/2-50 Thlr. ab Boden bez., 80 1/2, 49 Thlr. ab Bahn, galizischer 47 Thlr. ab Bahn bez., Mai-Juni 48 1/2-49 1/2 Thlr. bez., Br. und Gld., Juni-Juli 48 1/2-49 1/2 Thlr. bez., und Br., 48 1/2 Thlr. Gld., Juli-Aug. 47 1/2-48 Thlr. bez. und Br., 47 1/2 Thlr. Gld., Aug.-Septbr. 47 1/2 Thlr. bez., Septbr.-Oktbr. 47-46 1/2-47 1/2 Thlr. bez., Oltbr.-Novbr. 46 1/2-47 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 34-37 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 24-26 1/2 Thlr., feiner weißer schlesischer 26 Thlr. ab Bahn bez., Lieferung pr. Mai-Juni 24 1/2-25 Thlr. bez., Juni-Juli 24 1/2 Thlr.

Breslau, 23. Mai. Wind: Süd-West. Wetter: schön. Thermometer Früh 9° Wärme. Der Wasserstand der Oder wächst sehr stark. Die Zufuhren von Mittel-Roggen waren gut, von Hafer, Gerste und Weizen mittelmäßig, die Nachfrage beschränkte sich auf feine Sorten Roggen, Hafer und Gerste.

Weizen luftlos; pr. 85pfd. weißer 67-81 Sgr., gelber 66-80 Sgr. — Roggen, feinste Waare höher bezahlt, Mittelforten preishaltend; pr. 84pfd. 50-53-57-60 Sgr. — Gerste zur Completierung von Ladungen gefragter; pr. 70pfd. 35-37 Sgr. — Hafer fest; pr. 50pfd. schlesischer 25-27 Sgr. — Roth-Erbisen unbeachtet, Futter-Erbisen gefragter. — Wicken vernachlässigt. — Bohnen ruhig. — Delsaaten ohne Umsatz. — Schlaglein wenig frage.

Sgr. pr. Schff. Weißer Weizen 70-76-83, Gelber Weizen 70-76-82, Geringer u. blaupigiger 62-68-73, Roggen 50-56-60, Gerste 35-37-39, Hafer 23-25-29, Kleesaat ohne bemerkenswerthen Umsatz; rothe 6-9-10-11-12 Thlr., weiße 6-9-13-15-16 Thlr. Kartoffeln pr. Sad à 150 Pfd. netto 20-23 Sgr., im Detail 1 bis 2 Sgr. darüber.

Wien, 22. Mai. Wetter: trübe, Nachts Regen. Roggen: matter. Gel. 50 Wispel, Loco per d. Monat 43-42 1/2 bez. u. Gld., 43 Br., Mai-Juni 42 1/2 bez. u. Gld., Juni-Juli do., Juli-August do., August-September 43 Br., September-October do. Spiritus: höher. Gel. — Ort Loco per d. Monat 16 1/2 bez., 1/2 Br., Juni 16 1/2 bez. u. Gld., Juli 16 1/2 bez. u. Gld., 1/2 Br., August 16 1/2-1/2 bez. u. Gld., 1/2 Br., September 17 bez. u. Br., October do. Hartwig Kantorowicz Söhne.

Berlin, 23. Mai. Die „Stern-Ztg.“ sagt bezüglich der Mittheilung der „Kasseler Ztg.“ über die Interpellation des kurhessischen Gesandten an den Grafen Bernstorff über die getroffenen Militärmaßregeln: Angesichts der thatsächlichen Verhältnisse, welche deutlich genug sprechen, ist kaum die ausdrückliche Bemerkung nöthig, daß die von der „Kass. Ztg.“ kundgegebene Auffassung der Worte des Grafen Bernstorffs auf entschiedenem Mißverständnisse beruht.

Die „Sternzeitung“ ist in der Lage, versichern zu können, die Aeußerungen Bernstorffs seien der Art gewesen, daß dem kurhessischen Gesandten kein Zweifel über den ganzen Ernst der Lage und den festen Willen der preussischen Regierung bleiben konnte, den kurhessischen Conflict zum Abschluß zu bringen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau. Druck von Graf, Bary und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.

Telegraphische Depesche.

Berlin, 23. Mai. Die „Stern-Ztg.“ sagt bezüglich der Mittheilung der „Kasseler Ztg.“ über die Interpellation des kurhessischen Gesandten an den Grafen Bernstorff über die getroffenen Militärmaßregeln: Angesichts der thatsächlichen Verhältnisse, welche deutlich genug sprechen, ist kaum die ausdrückliche Bemerkung nöthig, daß die von der „Kass. Ztg.“ kundgegebene Auffassung der Worte des Grafen Bernstorffs auf entschiedenem Mißverständnisse beruht.

Die „Sternzeitung“ ist in der Lage, versichern zu können, die Aeußerungen Bernstorffs seien der Art gewesen, daß dem kurhessischen Gesandten kein Zweifel über den ganzen Ernst der Lage und den festen Willen der preussischen Regierung bleiben konnte, den kurhessischen Conflict zum Abschluß zu bringen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau. Druck von Graf, Bary und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.

Telegraphische Depesche.

Berlin, 23. Mai. Die „Stern-Ztg.“ sagt bezüglich der Mittheilung der „Kasseler Ztg.“ über die Interpellation des kurhessischen Gesandten an den Grafen Bernstorff über die getroffenen Militärmaßregeln: Angesichts der thatsächlichen Verhältnisse, welche deutlich genug sprechen, ist kaum die ausdrückliche Bemerkung nöthig, daß die von der „Kass. Ztg.“ kundgegebene Auffassung der Worte des Grafen Bernstorffs auf entschiedenem Mißverständnisse beruht.

Die „Sternzeitung“ ist in der Lage, versichern zu können, die Aeußerungen Bernstorffs seien der Art gewesen, daß dem kurhessischen Gesandten kein Zweifel über den ganzen Ernst der Lage und den festen Willen der preussischen Regierung bleiben konnte, den kurhessischen Conflict zum Abschluß zu bringen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau. Druck von Graf, Bary und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.

Telegraphische Depesche.

Berlin, 23. Mai. Die „Stern-Ztg.“ sagt bezüglich der Mittheilung der „Kasseler Ztg.“ über die Interpellation des kurhessischen Gesandten an den Grafen Bernstorff über die getroffenen Militärmaßregeln: Angesichts der thatsächlichen Verhältnisse, welche deutlich genug sprechen, ist kaum die ausdrückliche Bemerkung nöthig, daß die von der „Kass. Ztg.“ kundgegebene Auffassung der Worte des Grafen Bernstorffs auf entschiedenem Mißverständnisse beruht.

Die „Sternzeitung“ ist in der Lage, versichern zu können, die Aeußerungen Bernstorffs seien der Art gewesen, daß dem kurhessischen Gesandten kein Zweifel über den ganzen Ernst der Lage und den festen Willen der preussischen Regierung bleiben konnte, den kurhessischen Conflict zum Abschluß zu bringen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau. Druck von Graf, Bary und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.